



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	02.09.2010	
Jugendhilfeausschuss	07.09.2010	
Finanzausschuss	13.09.2010	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Entwicklung kommunaler Sozialausgaben

Der Deutsche Städtetag legt im Rahmen seiner Beiträge zur Stadtpolitik als Band 93 eine Broschüre mit dem Titel „Sozialleistungen der Städte in Not“ vor, in der Zahlen und Fakten zur Entwicklung kommunaler Sozialausgaben beschrieben werden.

Wie der Deutsche Städtetag darin feststellt, steigen die Sozialausgaben unaufhaltsam. Da die Wachstumsraten durchweg über denen der kommunalen Einnahmen liegen, vergrößert sich der Anteil städtischer Finanzierungsmittel, der für Sozialleistungen eingesetzt werden muss. Dieser betrug im Jahr 1992 im Bundesdurchschnitt noch 21 % aller kommunalen Einnahmen und stieg bis zum Jahr 2009 auf 26 % an. Damit verlieren die Städte nicht nur immer mehr die Möglichkeit zur eigenständigen Gestaltung ihrer Entwicklung. Fatalerweise verengen sich auch zunehmend Spielräume für präventive Maßnahmen, mit denen einem zukünftigen Anstieg der Bedürftigkeit begegnet werden könnte.

Die wesentlichsten finanziellen Belastungen entstehen den Städten vor allem aus folgenden sozialen Hilfen:

- Kosten der Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose

Diese Kosten sind seit der Einführung des SGB II bundesweit um 17 % gestiegen, für 2010 wird eine massive weitere Zunahme prognostiziert. Da die gesetzlich vorgegebene Bundesbeteiligung nach einem ungerechten Schlüssel errechnet wird und seit Inkrafttreten des SGB II deutlich gesunken ist, gehen die seither entstandenen Mehrkosten vollständig zu Lasten der Kommunen.

- Kinder- und Jugendhilfe

Die Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung sind in den vergangenen 10 Jahren um 35 % gestiegen. Dies hat vor allem sozialstrukturelle Gründe. In rund 40 % aller Fälle sind familiäre Konflikte oder fehlende Erziehungskompetenz Grund für den Einsatz von Hilfen. Die Kosten der Kinderbetreuung sind im gleichen Zeitraum bundesweit sogar um 45 % gestiegen und werden wegen des gesetzlich vorgeschriebenen Ausbaus der U3-Angebote noch drastisch zunehmen.

- Eingliederungshilfe

Der Kostenanstieg betrug bei dieser Hilfeart in den letzten 10 Jahren durchschnittlich 55 %; gleichzeitig nahm die Zahl der Hilfeempfänger um mehr als 40 % zu. Die Eingliederungshilfe wird dabei zunehmend als Ausfallbürge für die Reduktion vorrangig zuständiger Systeme wie Schulwesen oder Krankenversicherung herangezogen.

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit

Allein zwischen den Jahren 2004 und 2008 hat die Zahl der Hilfeempfänger in Deutschland um 46 % zugenommen. Die Kosten sind gleichzeitig sogar um 75 % angestiegen. Angesichts der hohen Sockelarbeitslosigkeit, der Lohn- und Gehaltsentwicklung und der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft wird sich diese Entwicklung weiter verstärken.

- Hilfe zur Pflege

Bei dieser Hilfeart trägt neben der demografischen Entwicklung vor allem die unzureichende Anpassung der Pflegeversicherung zu dem beobachteten dynamischen Anstieg von Fallzahlen und Kosten bei.

Als Konsequenzen aus diesen Beobachtungen und Prognosen hält der Deutsche Städte- tag neben einer Stärkung der Gewerbesteuer als der Haupteinnahmequelle der Kommunen Änderungen in der Struktur der Sozialgesetzgebung und eine gerechte Beteiligung von Bund und Ländern an den Sozialausgaben für unerlässlich. Konkret geboten seien ein signifikant höherer Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose, die Änderung der Eingliederungshilfe in eine Bundesleistung für behinderte Menschen sowie Ausbau und Reform der Pflegeversicherung. Weiterhin sei der Gesetzgeber in Bund und Ländern aufgefordert, bei der Einführung neuer Leistungen eine deutlich verbesserte Kostenfolgeschätzung vorzunehmen und das Konnexitätsprinzip strikt zu beachten. Maßnahmen zur Bekämpfung des ungebremsten Anstiegs der Sozialausgaben und damit einhergehend der Verschuldung der Kommunen seien im Hinblick auf die dramatische Finanzlage vieler Städte unbedingt erforderlich.